

Resolution der syndicom-Delegiertenversammlung

22. Juni 2019

Diese Resolution steht in Verbindung mit der Resolution «Digitalrat für das Gestalten der digitalen Transformation zum Wohle aller».

Den Beirat «Digitale Transformation» abschaffen!

Die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft syndicom vom 22. Juni 2019 verlangt nach dem **Skandal um die Patient*innendaten** vom Bundesrat mit Nachdruck,

1. dass die Arbeiten des Beirats «Digitale Transformation» (WBF/UVEK) **sofort einzustellen sind und dieses Gremium abzuschaffen ist**, sowie
2. dass sämtliche **Protokolle** aller bisherigen Sitzungen dieses Beirates **sofort unzensiert zu veröffentlichen sind**.

Das **Protokoll** einer Geheimsitzung dieses Gremiums vom 25. Oktober 2018 zeigt: Die Befürchtungen, welche die Gewerkschaft syndicom bei der Schaffung dieses Gremiums durch den Bundesrat äusserte, werden noch bei weitem übertroffen.

Allein schon die extrem einseitige Zusammensetzung dieses Gremiums ist *eine Gefahr für die Demokratie*. Jetzt erweist es sich als Dunkelkammer für die Mausehelei zwischen Behörden und Konzernen. Der Beirat ist das Instrument grosser Konzerne, um in der Schweiz eine Digitalisierung durchzusetzen, die allein ihren Profitinteressen dient. Eine demokratische und soziale Digitalisierung soll verhindert werden. Das gefährdet den Wohlstand der Schweiz und die *sozialen Errungenschaften*. Die Arbeiten dieses Beirats stellen ein *hohes Risiko für Datenschutz, Datensicherheit, Persönlichkeitsrechte und die demokratischen Grundrechte* dar.

Die Analyse des Protokolls lässt nur einen Schluss zu: Hält der Bundesrat an diesem Beirat fest, handelt er gegen das Allgemeininteresse und den Volkswillen.

Was das Protokoll enthüllt

Kürzlich gelangte das sechsseitige offizielle Protokoll der 5. Sitzung des Beirates «Digitale Transformation» vom 25. Oktober 2018 im Bernerhof (Sitz des Finanzdepartementes) an die Öffentlichkeit. Das Hauptthema («Vertiefungsthema») war der «E-Gesundheit» gewidmet. Im Klartext war das Ziel dieser Geheimsitzung (sie war in der öffentlichen Agenda des Bundes nicht erwähnt) der **Angriff auf die Patient*innendaten**.

Selten war an einer Sitzung so viel Macht vertreten. Neben zwei Bundesräten und dem Bundeskanzler nahmen Spitzenleute der Konzerne UBS, Roche, Givaudan, SBB, Swisscom, Ringier, Sophia Genetics und weiterer Konzerne sowie von Economiesuisse und der Digitalisierungslobby teil. Zudem die technischen Hochschulen und etliche hohe Beamte (Amtdirektoren...). *Nicht* eingeladen waren: Patient*innenvertreter*innen, Datenschützer*innen, Konsumentenschützer*innen, Gewerkschaften, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft etc.

In dieser Sitzung im Bernerhof bauten die Konzerne mächtig Druck auf, um den Zugang zu allen Patient*innendaten zu erhalten. Es winken enorme Gewinne. So wurde etwa über eine zentrale Erfassung aller Gesundheits- und Krankendaten geredet. Über Vernetzung dieser Datensätze mit anderen Daten. Über digitale Biomarker etc. Grundlage dafür ist die Entwicklung des *Elektronischen Patient*innendossiers*.

Die *Gefahren dieser Datenvernetzung* sind immens. Etwa, wenn solche Gesundheitsdaten bei Anstellungen verwendet werden. Oder wenn zum Beispiel Bewegungsprofile von Handys («ob jemand schnell geht oder langsam», sagte ein Konzernvertreter) für die Berechnung der Prämienhöhe zugezogen würden. Es gäbe Hunderte solcher kritischer Nutzungen.

Deshalb wollen die Konzerne mit **Zwang**, Anreizen oder Druck den Datenschutz aushebeln. Hier enthüllt diese Sitzung: **Bundesrat und Verwaltung kungeln mit den Konzernen**. «Braucht es mehr Druck?», fragt der Bundeskanzler und die Konzerne rufen «Ja!» - und Bundesrätin Leuthard nimmt das auf. Verordnungen sollen helfen (gegen die kann kein Referendum ergriffen werden). Der Bundesrat bricht hier mit seinem Versprechen, abgegeben bei der Veröffentlichung der Digitalstrategie, die **«Grundsätze der informellen Selbstbestimmung und der Freiwilligkeit»** hochzuhalten. Die Willfähigkeit der Chefbeamten setzt sie dem Verdacht der Pflichtverletzung aus.

Aus all diesen Gründen fordert die Gewerkschaft syndicom den Bundesrat dazu auf, den einseitig zusammengesetzten Beirat «Digitale Transformation» unverzüglich abzuschaffen.

Bern, 22. Juni 2019